

Halbherzige Zeremonie

Übergabe von Gebeinen ermordeter Herero und Nama in Berliner Friedrichstadtkirche. Bundesregierung verweigert Entschädigung

Milan Nowak

Die Gebeine von Angehörigen der Völker der Herero und Nama, welche zwischen 1904 und 1908 dem Genozid durch deutsche Kolonialtruppen zum Opfer fielen, sollen nach Namibia zurückgebracht werden. Dazu fand am Mittwoch vormittag in der Berliner Friedrichstadtkirche eine Übergabe zwischen der Bundesregierung, der namibischen Regierung und einer Delegation der Herero und Nama statt. »Vergib uns unsere Schuld und schenke uns einen neuen Anfang«, betete Oberkirchenrat Volker Faigle. Derweil gab es vor der Kirche eine stille Mahnwache. Es wurden Schilder und Banner hochgehalten wie »Rückführung ohne Entschuldigung?«, »Entschädigung jetzt!«, »Nicht ohne uns über uns!« und »Gebt das Land der Ahnen zurück!«

Die Zeremonie fand unter der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Rates der Kirchen in Namibia (CCN) statt. Es wurde gebetet und das antikoloniale Befreiungslied »Senzeni Na?« (Was haben wir getan?) gesungen. Die Bischöfin Petra Bosse-Huber vom EKD und der namibische Bischof Ernst Gamxamûb (CCN) hielten Predigten. Bosse-Huber erkannte die Mitschuld der evangelischen Kirche an, die durch »theologische Rechtfertigung von imperialem Machtmissbrauch und kolonialer Herrschaft (...) den Boden für den Tod vieler Tausender Angehöriger der namibischen Volksgruppen vorbereitet« habe. Gamxamûb nannte die Rückgabe der menschlichen Überreste wichtig, da sie nun »nicht mehr als nummerierte Objekte dienen, sondern in Würde als stille Helden des namibischen Kampfes für die Selbstbestimmung empfangen« würden.

Nach dem Gottesdienst kamen die politischen Vertreter an die Reihe. Überraschend erhielt zuerst der Paramount-Chief der Herero, Vekuii Rukoro, das Wort. Er ist einer der Hauptankläger in einem Gerichtsprozess gegen die Bundesregierung vor einem US-Bundesgericht – und war nicht zur Zeremonie eingeladen worden. Er und seine Begleiter waren auf eigene Kosten und mit solidarischer Hilfe in die BRD eingereist.

Zwar bedankte er sich, an der Zeremonie teilnehmen zu können. Allerdings bezweifelte er auch, dass die Rückgabe der Gebeine nur um der Würde willen in der Kirche geschehe: »Sind denn die Regierungsgebäude in Berlin weniger würdevoll?« Rukoro lobte die Menschen auf den Mahnwachen, welche sich als »wahre Freunde Namibias« erwiesen hätten. »Die deutsche Gesellschaft ist weit gekommen«, meinte er zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, »nur die Regierung möchte den Genozid nicht benennen. Etwas läuft falsch!« Rukoros Ansprache wurde mit Spannung verfolgt und bekam stellenweise Applaus. Auch der Nama-Vertreter Johannes Isaak, Teil der offiziellen Delegation, fügte vorsichtig hinzu: »Diplomatie kann kein Ersatz für Ehrlichkeit sein.«

Michelle Müntefering (SPD), Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, hatte am Montag der Nachrichtenagentur *AFP* gesagt, es gehe »um die Rückgabe und die Rückführung« der sterblichen Überreste. Für eine offizielle Entschuldigung der Regierung sei die Zeremonie nicht der passende Rahmen. Statt dessen wolle man am Freitag in Windhuk weitere Regierungsgespräche zur Aufarbeitung führen.

Das Aktionsbündnis »Völkermord verjährt nicht!« hatte am 20. August per Mitteilung zwar die überfällige Rückführung der für rassistische Forschungen missbrauchten menschlichen Überreste begrüßt, aber den nichtöffentlich-religiösen Charakter der Veranstaltung kritisiert. Der Herero-Aktivist Israel Kanuatjike forderte darin »eine staatliche Rückgabezeremonie im Bundestag. Bundespräsident Steinmeier, der, als er noch Oppositionsführer war, selbst eine Entschuldigung von Deutschland gefordert hat, muss die Herero und Nama dort endlich um Vergebung bitten.« Auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Ottmar von Holtz (Grüne) hatte in einer Pressemitteilung am Montag problematisiert, dass der »Schwebezustand« in der Aufarbeitung der Kolonialverbrechen »nicht nur die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia« belaste, »sondern auch in Namibia zu innenpolitischen Spannungen« führe.